

Düsseldorfer Erklärung der Deutschen aus Russland

im Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen Nordrhein-Westfalen,
von Mitgliedern der Landesvorstände der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, LMDR e.V.,
VIRA e.V. und des Jugendverbandes JS DR e.V.

sowie von weiteren Funktionsträgern der Deutschen aus Russland in Nordrhein-Westfalen:

Die Ereignisse um die angebliche Vergewaltigung eines russlanddeutschen Mädchens aus Berlin-Marzahn und die folgenden Demonstrationen vor allem gegen Flüchtlinge haben speziell die Deutschen aus Russland auch in Nordrhein-Westfalen tief betroffen gemacht und erheblich irritiert. Die Verunsicherung hält an. Mit dieser „Düsseldorfer Erklärung“ möchten wir im Nachgang zur Sondersitzung des Landesbeirates für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen unter Vorsitz von Herrn Integrations-Staatssekretär Thorsten Klute am 5. Februar 2016 Politik, Medien, Kirchen und die Öffentlichkeit über Folgendes informieren:

Wir bekräftigen:

- Die überwiegende Mehrheit der Deutschen aus Russland in Nordrhein-Westfalen sind gesetzestreue Mitbürgerinnen und Mitbürger, gut integriert und schätzen es sehr, dass wir in einem freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat leben.
- Wir lehnen jeglichen Verstoß gegen die Werte unseres Grundgesetzes und andere Rechtsvorschriften ab.
- Wir treten deshalb entschieden jeglicher Form von Hetze, Hass und Gewalt gegen Ausländer einschließlich der „neuen“ Flüchtlinge entgegen. Dies schließt im Besonderen die Ablehnung der unsäglichen Propaganda über russische Medien, das Internet und soziale Netzwerke ein.
- Wir verurteilen jegliche Form der Zusammenarbeit mit rechtsradikalen Kräften.

Wir bitten:

- Es fehlt uns an Anerkennung für unseren Beitrag zur politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung unseres Landes. Die Gesellschaft möge anerkennen, dass wir fleißige, anständige und hilfsbereite Mitbürgerinnen und -bürger sind, die sich auch bei der Integration der „neuen Flüchtlinge“ engagieren. Es ist notwendig, dass nicht nur wir auf andere zugehen, sondern dass auch auf uns zugegangen wird.
- Die Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung, aber auch in der Katholischen und Evangelischen Kirche sowie in den öffentlichen Einrichtungen auf Bundes-, Landes- und lokaler Ebene sollten erkennen, dass ihre Maßnahmen zur Unterstützung der Integration von

Deutschen aus Russland einschließlich der politischen Bildung nicht nur beibehalten, sondern ausgebaut werden müssen.

- Aus unserer Sicht sollte verstärkt untersucht werden, wie bestimmte Kreise versuchen, Einfluss auf die Spätausgesiedelten und ihre Organisationen zu erlangen, wer den Hass wie steuert und von dessen Entstehen profitiert.
- Wir halten es für falsch, wenn verschiedene Medien „die“ Deutschen aus Russland „in einen Topf“ werfen und den Eindruck vermitteln, wir wären alle Helfer der russischen Regierung in Deutschland und würden sogar mit rechtsradikalen Kräften zusammenarbeiten. Wir wünschen uns eine differenzierte Berichterstattung, die auch unsere erfolgreiche und wichtige Integrationsarbeit vor Ort einschließt. In diesem Zusammenhang regen wir nochmals einen Journalistenpreis zu diesem Thema an. Besonders die Öffentlich-Rechtlichen Sender sollten überlegen, Programme und Beiträge mit den Deutschen aus Russland aufzulegen. Es sollte mehr mit uns und nicht nur über uns gesprochen werden.

Wir danken der Landesregierung und den anwesenden Landtagsabgeordneten dafür, dass wir uns in der Sondersitzung zu dem Thema austauschen und eindeutig positionieren konnten. Wir bleiben im Gespräch und werden die Umsetzung unserer Bitten im Landesbeirat und an anderer Stelle thematisieren und besonders an deren Realisierung verstärkt mitarbeiten.